

# Calmer Tagblatt

Nr. 272.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einpoltrige Zeile 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Reklamen 20 und 25 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Dienstag, den 19. November 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbortvertrieb Mt. 2.15, im Fernvertrieb Mt. 2.25, Einschreib in Württemberg 80 Pfg.

## Bekanntmachung des Stellv. Generalkommandos XIII. A.-K.

Die sämtlichen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke usw., sowie die Waffen sind Eigentum des Staates und dürfen weder verkauft noch zerstückt oder preisgegeben werden.

Alle diese Gegenstände sind bei den Ersatztruppenteilen, Bezirkskommandos, Waffensammelstellen oder in den Orten, in welchen keine Truppenteile oder militärische Behörden vorhanden sind, bei den Sanitätseinsammlern abzugeben.

Zu widerhandlungen gegen diesen Befehl werden strenge bestraft.

Auch alle Zivilpersonen, die derartige Gegenstände kaufen, erwerben oder aufbewahren, machen sich der Fehlstrei schuldig und strafbar.

Stuttgart, den 17. November 1918.

gez.: C 3 9 8 3

J. A. gez. v. Stroebel  
Generalmajor.

Bevollmächtigtes Mitglied des  
Stellv. Generalkommando  
XIII. Armee-Korps.

## Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 17. Nov. Die „B. Z.“ meldet: Für die deutsche Waffenstillstandskommission veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Pfeifer die Fortsetzung des Berichts über die Verhandlungen mit Foch. Die erzählten Zugeständnisse sind sehr zahlreich. Einen wichtigen Erfolg erzielte die Waffenstillstandskommission in der elsass-lothringischen Frage. Sie setzte durch, daß die Reichslande nicht als von Deutschland besetztes Gebiet bezeichnet wurden. Die Anwendung der Wilsonschen Grundzüge auf diese Frage bei den Friedensverhandlungen wurde dadurch völlig gewahrt. Ferner ist erzielt worden, daß Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung in den linksrheinischen Gebieten unverändert, also deutsch bleiben. Ferner dürfen die Industrieanlagen nicht entwertet, im Personal verringert oder sonstige lahmgelegt werden, und das gilt insbesondere auch für die deutschen Werke in Elsass-Lothringen.

Ferner wurde das Zugeständnis erreicht, daß die Nichterhaltung der Räumungsfrist kein Grund zur Kündigung des Waffenstillstandes sein soll. Ganz neu ist endlich die Mitteilung, daß die deutschen Truppen in Ostafrika nicht bedingungslos kapitulieren müssen, es wurde vielmehr für sie ein ehrenvoller Abzug erzielt und sie werden bis zur Ankunft deutscher Schiffe, an denen sie heimbeordert werden, in Sanftbar von der Entente verpflegt. Endlich bleibt es auch Deutschland vorbehalten seine Kriegsschäden anzumelden. Auch die Zugeständnisse in der Lebensmittelzufuhr sind nicht der Menschlichkeit Wilsons und der Entente zu verdanken, sondern sind wohl durch die zweitägigen unablässigen Vorstellungen Erzbergers erzielt worden. Im Verlauf der Erörterungen über diese Fragen fiel das Wort, das verdient, aus der Zeitgeschichte herausgehoben und zu einem dauernden gemacht zu werden: „Während des Verhandlung kommt Vernunft, während des Diktats der Götter.“

Die Fortführung der Waffenstillstandsverhandlungen.

(W.B.) Berlin, 16. Nov. Ueber die Fortführung der Waffenstillstandsverhandlungen zur See erfahren wir an zuständiger Stelle: Wie bekannt ist vor einigen Tagen der kleine Kreuzer „Admiral Souchon“ nach Nohyß gefahren um dort mit dem englischen Flottenchef Admiral Beatty Näheres über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen soweit sie die Seestreitkräfte betreffen, zu vereinbaren. Admiral Neurer hat u. a. folgende Einzelheiten der Abmachungen funktentelegraphisch gemeldet: Die abzurückenden U-Boote sollen in Gruppen zu 20 Booten je an einem noch bekannt zu gebenden Tage die Ausreise antreten und sich mit englischen Seestreitkräften an einem Punkte in der Nähe des Eingangs zum englischen Kanal treffen. Jeder Gruppe ist als Geleit ein deutscher Transportdampfer unter deutscher Flagge beigegeben, der alsbald nach Uebergabe der Boote die Besatzungen nach Deutschland zurückbringen wird. Ueber die Frage der Internierung der großen Schiffe und Torpedoboote werden noch weitere Abmachungen folgen.

Berlin, 18. Nov. Der erste Teil der für Internierung bestimmten deutschen Kriegsschiffe hat gestern nachmittag den Kieler Hafen verlassen und ist durch den Kaiser Wilhelm-Kanal nach der Nordsee abgedampft, wo die Schiffe weitere Befehle erwarten, in welchem Hafen sie interniert werden sollen. Bis zum Abend waren ausgelaufen die Linienschiffe „Bayern“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „König Albert“ und „Kaiserin“, ferner die Kreuzer „Seydlitz“ und „Moltke“.

Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Paris über Rotterdam gemeldet: Die Deutschen haben mit der Auslieferung der Geschütze begonnen. Der größte Teil der Kanonen besteht aus Feldgeschützen später kommt die schwere Artillerie an die Reihe, darunter die 42-Zentimeter-Mörser.

## Zur Haltung Englands Deutschland gegenüber.

(W.B.) Berlin, 19. Nov. Dem „Berl. Tgl.“ zufolge bringt ein hervorragendes italienisches Blatt an leitender Stelle einen Londoner Brief über die Lage in England. Diese zwingt der Regierung Mäßigung gegenüber Deutschland auf, da Englands Zukunft nicht sicher sei, wenn sie auf der Schwächung Deutschlands beruhe.

## Die Auslieferung der deutschen Flotte.

(W.B.) Kiel, 18. Nov. Den während des gestrigen Tages nach der Nordsee ausgelaufenen Linienschiffen und Kreuzern folgten heute vormittag die Flottillen der Unterseeboote durch den Kanal. Die Linienschiffe und Kreuzer sollen am Dienstag nachmittag in Firth of Forth sein. Dort werden sie durchsucht, worauf sie ein Navigationskommando erhalten, das sie in die für sie bestimmten Häfen bringen wird.

## Die Alliierten in Metz.

(W.B.) Metz, 18. Nov. Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind die ersten Bortruppen der Alliierten, Franzosen, Engländer und Amerikaner, in Automobilen und in kleineren Abteilungen hier eingetroffen.

## Das deutsche West-Ungarn gehört zu Deutsch-Oesterreich.

(W.B.) Wien, 18. Nov. Korr.-Bur. Der Staatsrat hat sich in der heutigen Sitzung mit Pressestimmen aus dem deutschen Westungarn beschäftigt und dazu beschlossen: Die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete der Komitate Preßburg, Wieselburg und Eisenburg gehören geographisch, wirtschaftlich und national zu Deutsch-Oesterreich und sind insbesondere für die Stadt Wien zu ihrer Lebensmittelversorgung unentbehrlich. Darum wird der deutsch-österreichische Staat auf dem Friedenskongreß auf dem Anschluß dieser Gebiete an die Republik Deutsch-Oesterreich bestehen. Der Staatsrat für Volksernährung ist beauftragt worden, Einkäufer in die westungarischen Gebiete zu entsenden und Lebensmittel so rasch wie möglich herbeizuführen, um von Wien die unmittelbar drohende Gefährdung der Volksernährung abzuwenden.

## Die Ententetruppen in Ungarn.

(W.B.) Budapest, 19. Nov. Wie die Blätter melden, werden die ersten Ententetruppen am Donnerstag in Budapest unter Führung der Generale Palke und Henrys eintreffen. Die erste Division von etwa 8000 Mann wird in Budapest bleiben. Zwei weitere Divisionen sollen mehrere wichtige Eisenbahnknotenpunkte besetzen. Der Ministerrat ernannte den Schriftsteller Ludwig Biro zum Staatssekretär im Ministerium des Innern und betraute ihn mit der Organisation und der Leitung des Pressebüros.

## Bevorstehende tschechoslowakische Mobilmachung.

(W.B.) Prag, 19. Nov. Vorgestern fanden hier zwei Versammlungen gegen das Vorgehen der Magyaren in der Slowakei statt, in denen ein militärisches Einschreiten in der Slowakei gefordert wurde. Die Teilnehmer zogen dann vor das Militärkommando und der Obmann der Sokolschaft kündigte aus einem Fenster die Mobilisierung der tschechoslowakischen Armee gegen die Magyaren an. Landesverteidigungsminister Klossac entwickelte in der Volksversammlung auf der Sophieninsel, wie der „Pondelnik“ meldet, sein Programm. Sein Ziel sei die nationale Miliz. Nur soviel Soldaten sollten unter den Waffen bleiben als man brauche. Soll-

ten die Deutschen intigrieren wollen, müßten sie die Macht des tschechoslowakischen Volkes zu spüren bekommen, ebenso wie die Magyaren in der Slowakei. Falls aus Deutschland russische Kriegsgefangene als Bolschewiki über die Grenze kämen, brauche man ebenfalls eine bewaffnete Macht.

## Die Unterstützung der Tschechoslowaken durch die Angelsachsen.

(W.B.) Amsterdam, 18. Nov. Nach einer Neutermeldung aus London haben die Vereinigten Staaten dem tschechisch-slowakischen Nationalrat eine Anleihe von 7 Millionen Pfund Sterling, England eine solche von 2 Millionen bewilligt. — (Die Tendenz dieses Schrittes ist klar. Die Tschechoslowaken sollen als Stütze der Angelsachsen gegen Deutschland ausgespielt werden. Deshalb wird man ihnen auch deutsches Siedlungsgebiet ausliefern, und ebenso den Ungarn, die auch dadurch gegen Deutschland interessiert werden sollen. V. Schriftl.)

## Zur Umwälzung in Deutschland.

Reichskanzler Ebert über unsere inneren Verhältnisse.

(W.B.) Berlin, 18. Nov. Reichskanzler Ebert gewährte dem Herausgeber der amerikanischen Korrespondenz William Borah eine Unterredung, worin er u. a. sagte: Man wird in Amerika und überall mehr durch unsere Handlungen als durch unsere Worte erkennen, daß wir die ernstbegonnene Arbeit ernst und energisch fortsetzen wollen. Das deutsche Volk, soweit es noch nicht demokratisch ist, wird es nach und nach werden. Wir sind ein langsam denkendes Volk. Was sozusagen über Nacht geschah, ist das Ergebnis von systematischem, jahrelangem Denken und Arbeiten. Schnell sind wir nicht, dagegen sind wir ein die Gesehe respektierendes und die Gerechtigkeit liebendes Volk. Die Männer der gegenwärtigen Regierung bilden die Regierung des ganzen deutschen Volkes. Wir haben weiter uferne Mandate der sozialdemokratischen Partei und haben alle Gelegenheit, für unsere Grundzüge und unseren politischen Glauben einzutreten. Gerade weil wir an die Rechte des Volkes glauben, werden wir fortfahren, wie bisher, nie die Rechte Andersdenkender zu verletzen, für unsere Grundzüge und unseren politischen Glauben einzutreten, und bemüht sein, an dem Aufbau einer Weltordnung mitzuarbeiten, in der die Wohlstand erzeugende Klasse nicht eine enteerte Klasse sein soll. Diese Gerechtigkeit wird überall triumphieren, wo wirklich demokratische Regierungen sind, und nirgends werden diese gerechten Grundzüge mehr und allgemeiner Anerkennung finden, als gerade beim deutschen Volke. Deswegen wird die deutsche Republik auch an Einwohnerzahl nächst der amerikanischen die größte Republik der Welt werden. Jetzt aber handelt es sich für uns, in gewissem Grade auch für unsere früheren Gegner, um die Brotfrage. Ihr Präsident scheint auch in dieser Hinsicht richtig zu denken. Hunger kann uns nicht stärken, die schwerer kämpfte Demokratie auszubauen, und, wenn notwendig für ihren Fortbestand zu kämpfen. Die junge deutsche Republik hat ein besonderes Interesse daran, von dem amerikanischen Volke und seinem Präsidenten völlig verstanden zu werden. Wir hoffen, daß das um so leichter geschehen wird, als viele Übergänge des Präsidenten Wilson und damit des amerikanischen Volkes ganz den Gedanken entsprechen, die deutsche Republik und ihre Regierung, ihre Volksbeauftragten geschaffen haben und weiterhin beschäftigen. Im besonderen sind die Forderungen eines Friedens des Rechtes und der Gerechtigkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Herrschaft der Völker über ihre eigenen Länder und die Organisation eines Völkerbundes wesentliche Bestandteile des Programms der gegenwärtigen Regierung. Um unser politisches Programm und die Demokratie in Deutschland durchzuführen zu können, ist die Frage der Volksernährung das Fundament eines jeden staatlichen Lebens und eine unbedingte Voraussetzung des Weiterbestehens der deutschen Volksrepublik. Wir haben deshalb mit Freuden empfunden, wie sehr der Präsident der Vereinigten Staaten diese Voraussetzung durch das Versprechen einer tatkräftigen Hilfe anerkannt hat. Uebermitteln Sie dem Herrn Präsidenten und dem amerikanischen Volke unseren Dank und lassen Sie uns hoffen, daß nach einem gerechten Frieden die gemeinsamen Ideen auch gemeinsames Arbeiten ermöglichen zum Heile des amerikanischen und des deutschen Volkes, aber auch zum Segen der ganzen Menschheit.

### Der neue Gesetzentwurf für das künftige Reichswahlrecht.

Berlin, 18. Nov. Der neue Wahlgesetzentwurf sieht, wie der „Vorwärts“ mitteilt, Wahlkreise mit 150 000 Einwohnern vor. Für das ganze Reichsgebiet wird die Verhältniswahl eingeführt in ähnlicher Weise, wie das vom Reichstag für einige Großstädte beschlossene war. Es soll also auch die Verbindung von Wahlvorschlägen möglich sein. Ersatzwahlen gibt es nicht mehr. Beim Ausschneiden eines Mitgliedes rückt das nächste auf der Liste auf. Die Wählerlisten sind am 2. Januar anzulegen. Einsprüche sind bis zum 11. anzubringen und bis zum 25. zu erledigen. Ueber die nachträgliche Aufnahme von Militär-Personen die im Januar heimkehren, soll eine besondere Verordnung ergehen. Die Wahlen sollen dann, wie schon gemeldet, am 2. Februar vorgenommen werden. Das Verfahren ist wie bei der Reichstagswahl, nur daß diesmal Männer von 20 bis 25 Jahren und Frauen über 20 Jahren mitwählen. Für den Fall, daß Deutsch-Oesterreich den Eintritt in die deutsche Republik wünscht, soll seinen Abgeordneten der Beitritt zur Nationalversammlung entsprechend den allgemeinen Regeln offenstehen. Eine Verzögerung der Wahl in Oesterreich soll das Recht der Beteiligung nicht aufheben.

### Bermischte Nachrichten.

#### Norwegische Heeringe für Deutschland.

(W.B.) Christiania, 16. Nov. Das Regierungsblatt „Intelligenzblätter“ schreibt zu der gestern gemeldeten Aufforderung der norwegischen Arbeiterparteileitung an die norwegische Regierung, der nockleidenden Bevölkerung Deutschlands norwegische Fischwaren zu senden, dieser Aufforderung hätte es garnicht bedurft, da die norwegische Regierung sofort aus eigener Initiative Schritte bei den Ententeregierungen unternommen habe, um von dieser die erforderliche Zustimmung zu der bisher vertraglich ausgeschlossenen Ausfuhr von norwegischen Fischwaren über ein gewisses Quantum hinaus zu erlangen. Es beständen auch gute Aussichten, daß sehr bedeutende Mengen norwegischer Heeringe bald nach Deutschland gesandt werden könnten. Die norwegische Regierung habe alle möglichen Vorkehrungen getroffen, um die bereitgehaltene Ware sofort zu verschiffen sobald die zu erwartende Zustimmung der Ententeregierungen vorliege.

#### Generalfreik in Portugal.

(W.B.) Madrid, 19. Nov. Reuter. In Valencia di Alcantara sind Nachrichten aus Lissabon eingetroffen, daß gestern in Portugal der Generalfreik begonnen habe. Der Verkehr und die Verbindungen sind unterbrochen.

#### Zur Frage der Stadtvorstandswahl.

Heute abend um 1/8 Uhr trafen sich die Bürger unserer Stadt im „Babischen Hof“, um sich über die Bewerber der hies. Stadtschultheihsstelle auszusprechen, und eventuell eine Ausschreibungswahl vorzunehmen, jedoch eigentlich nur zwei Bewerber in die engere Wahl kamen, obwohl den andern Bewerbern natürlich das Recht zusteht, trotzdem ihre Bewerbung aufrechtzuerhalten. Wir haben schon vor einiger Zeit geschrieben, daß Schultheiß Dreher von Weil im Dorf endgültig darauf verzichtet hat, sich um die hiesige Stadtvorstandsstelle zu bewerben, weil die Bürger von Weil im Dorf alle Hebel in Bewegung setzten, um ihn dort festzuhalten. Ein uns zugegangener Brief eines dortigen Bürgers legt in längeren Ausführungen, die wir wegen Raummangels nicht wörtlich bringen können, die Gründe dar, wegen welchen Herr Dreher seine anfänglich vielleicht vorhandene Neigung zu kandidieren, aufgegeben hat. Die Weilmörder hatten ihm in einer großen Bürgerversammlung ein einmütiges Vertrauensvotum ausgesprochen, von den bürgerlichen Kollegien war Beförderung der Lokalverhältnisse auf dem Rathaus, sowie die Anstellung einer weiteren Hilfskraft zugesagt worden, außerdem war dem Herrn Schultheißen schon vorher eine den Verhältnissen angepaßte weitere Gehaltserhöhung gewährt worden. Die Bemühungen der Weilmörder um seine Person haben zweifellos Herrn Dreher bewogen, dort zu bleiben. Der Briefschreiber bittet uns, seinen Brief wörtlich zu veröffentlichen, damit die Calwer sehen, warum Herr Dreher in Weil im Dorf bleibt, und damit die Weilmörder einmal „ihre Ruhe“ bekommen. Den Gefallen der vollständigen Veröffentlichung konnten wir nun allerdings dem Briefschreiber nicht erfüllen, aber ihre „Ruhe“ werden die Weilmörder jetzt doch haben, wenn sie die Bewerberliste lesen.

Was nun die jetzt noch vorhandenen Bewerber anbelangt, so wollen wir in großen Zügen ihre am Sonntag entwickelten Grundzüge und Richtlinien kennzeichnen, nach denen sie ihr Amt als Stadtvorstand leiten wollen, wenn sie gewählt würden. Wir bringen die Ausführungen in der Reihenfolge der nach Losentscheid gehaltenen Reden.

Als erster sprach Schultheiß Gottlieb Funck von Rohraden O. Cannstatt. Er ist geb. am 5. Juli 1883, sein Vater war ebenfalls Schultheiß. Er ist evangelisch, verheiratet und hat 1 Kind. Von 1900 an war er Gehilfe in verschiedenen städtischen Beamtenstellungen. Von 1908 an ist er Schultheiß von Rohraden, einem Arbeiter- und Weingärtnerort. Der Bewerber hob hervor, daß in seine Amtszeit eine durchgreifende Verbesserung der Verkehrswege nach der Stadt falle, und ebenso eine Hebung der sozialen Verhältnisse des Ortes. Er vertrete die Anschauung, daß der Ortsvorsteher nicht im Dunkeln herumtaufen dürfe. Nach dem Kriege werde den Ortsvorstehern ein reiches Feld der Tätigkeit winken. Es müsse für die Hinterbliebenen der auf dem Felde der Ehre Gebliebenen gesorgt werden, für die Invaliden, für die Siechen

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Gemüsekonserven.

Dem Kommunalverband steht eine kleine Menge Gemüsekonserven: Erbsen, Spargel, Bohnen, Spinat, Blumenkohl, zur Verfügung.

Dieselben können marktfrei, das Kilogramm M. 6. 20 bei Friedrich Nonnenmacher, Calw gekauft werden.

Calw, den 18. Nov. 1918.

Kommunalverband: G. S.

und Kranken. Gute Bezahlung und solche Arbeit, die sie zu leisten vermögen, müsse den Kriegsbeschädigten beschafft werden. Die Uebergangswirtschaft werde an die Gemeinden so große Anforderungen stellen, daß sie wahrscheinlich gar nicht alle erfüllen könnten. Aber das Kriegselend müsse gemildert werden, wenn auch nicht alles in kurzer Frist geschehen könne. Der Ortsvorsteher müsse mit seinem Kollegium harmonisch zusammenarbeiten. Die Vorschläge müßten vom Ortsvorsteher ausgehen, doch müßten auch die Ratschläge aus dem Kollegium geprüft werden. Große Gemeindeangelegenheiten sollten in Bürgerversammlungen besprochen werden, dann habe die Stadtverwaltung einen Rückhalt. In der Politik müsse der Ortsvorsteher Neutralität üben. Gegenüber der vorgelegten Behörde müsse man sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß nicht Bürokratismus und praktische Unerfahrenheit das Urteil beherrschen dürfe. Bei der kommenden Uebergangswirtschaft müsse darauf geachtet werden, daß der gewerbliche Mittelstand so rasch als möglich zu seiner früheren Blüte gebracht werde. Handel und Industrie, die auch künftig die größten Steuerlasten zu tragen haben werden, müßten ebenfalls tatkräftig unterstützt werden. Es wäre nicht möglich, die bäuerliche Bevölkerung sofort von der Zwangswirtschaft zu befreien. Auch für das Wohlergehen der Arbeiterschaft habe der Ortsvorsteher einzutreten, durch Schaffung guter Arbeitsgelegenheit und guter Bezahlung, wobei die Stadtverwaltung vorangehen müsse. Nach Schluß der Dienststunden würde er der werktätigen Bevölkerung Gelegenheit geben, ihre Angelegenheiten bei ihm vorzutragen. Die religiösen Feste und Anforderungen würden von seiner Seite stets geachtet werden. Nicht als stolzer Repräsentant der Stadt würde er sich fühlen, sondern als erster Arbeiter für das Wohl der Gemeinde. Er würde als Vorstand der Stadt nur nach dem einen Satz handeln: Ihre das in die gesetzte Vertrauen.

Als 2. Redner sprach Amtmann Malländer - Stuttgart. Er ist im März 1883 in Schwäbisch Hall geboren, wo sein Vater Rektor war. Er ist ledig, evangelisch. Nach Absolvierung seiner ersten und zweiten höheren Verwaltungsdienstprüfung und nach einer Volontärszeit bei der Stadtverwaltung Göttingen kam er zur Stadtdirektion Stuttgart, wo er seit 6 Jahren tätig ist. Er begründete seine Bewerbung mit dem Drang, einen selbständigen Posten zu erhalten, auf dem er seine Kenntnisse und Erfahrungen nützlich anwenden könne. Auch er versprach im Fall seiner Wahl allen für den Krieg unmittelbar oder mittelbar Geschädigten seine Unterstützung angedeihen zu lassen, es müßten den Kriegsbeschädigten lohnende Arbeit und gute Wohnungsverhältnisse beschafft werden. Verständnis müsse der Not und den Bedürfnissen des Mittelstandes entgegengebracht werden, dessen Erhaltung er nicht nur im wirtschaftlichen sondern auch im kulturellen Interesse für nötig hält, weil ein gesicherter Mittelstand eine gleichmäßige ruhige Entwicklung garantiere. Die Unterstützung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes bei den Fragen der Uebergangswirtschaft müsse die Hauptaufgabe des Ortsvorstehers sein. Auch bezüglich der Industrie werde der Ortsvorsteher sich zu orientieren haben, in welcher Weise ihre nützliche Unterstützung gewährt werden könne, und selbstverständlich würde er auch den Arbeitern und Angestellten mit Rat und Tat zur Seite stehen. Er sei kein Freund von Schlagwörtern, aber seinen Dienst würde er nach allen Seiten gerecht erfüllen, die eigene Person würde er in den Hintergrund stellen. Parteianhänger würde seine Handlungen nicht beeinflussen. Dem Schulwesen würde er seine besondere Aufmerksamkeit widmen. Was die Frage des Fremdenverkehrs anbelange, so sollte versucht werden, Calw mehr zu einem Kurort umzubauen. Auch in kultureller Beziehung würde der Bewerber zur Hebung der Stadt beitragen, durch Veranstaltung wissenschaftlicher, musikalischer und literarischer Vorträge; so könnte auch das seelische Gleichgewicht nach dieser schweren Zeit wieder gewonnen werden. Zu den bürgerlichen Kollegien müsse der Stadtvorstand natürlich dauernd ein gutes Verhältnis unterhalten. Die Verwaltung müsse mit Geist, Kenntnis und Tatkraft geführt werden, und die Gemeinde gegen staatliche Uebergriffe geschützt werden, wenn man selbstverständlich auch mit den Behörden in gutem Einvernehmen durchzukommen trachten müsse. Er sei gegen ein formell bürokratische Verwaltung; der Bürger müsse sehen, daß er nicht nur einen Namen, sondern auch einen Menschen vor sich habe. Der Stadtvorstand müsse unparteiisch, unbeschäftigt seines Amtes walten.

Ratschreiber Otto Göhner, der als 3. Bewerber sprach, ist im Juni 1885 geboren in Adelberg O. Schorndorf. Sein Vater war zuletzt Oberlehrer in Untertürkheim. Herr Göhner ist evangelisch, ledig. Nachdem er in seiner Gehilfenzeit in verschiedenen Beamtenstellungen der Stadt Stuttgart tätig gewesen war, wurde er vom März 1910 an als Ratschreiber der Geschäftsstelle Untertürkheim-Wangen-Stuttgart bestellt. Ueber die Amtspflichten eines Ortsvorstehers sprach er sich folgendermaßen aus. Das erste Erfordernis sei ruhiger Verkehr mit dem Bürger, dem das Recht werden müsse, das ihm gebühre. Die veralteten bürokratischen Anschauungen müßten fallen, bei Beachtung der geistlichen Vorschriften müsse man von dem Gedanken ausgehen, daß die Gelehrte dem Menschen nicht zum Fluch sondern zum Segen gereichen sol-

In, deshalb sollen sie mehr dem Geist als der Form nach angeordnet werden, soweit es im Ermessen des Ortsvorstehers liege. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bürger sollen gefördert werden. Wir würden die nächsten Jahrzehnte unter den Folgen des Krieges zu leiden haben, dessen Schäden wo möglich zu Untern jenen. Notstandsarbeiten sollen den Heimkehrenden Arbeit und Verdienst geben. Dem Mittelstand müsse wieder aufgeholfen werden. Es müßten ihm die Mittel zur Existenz verschafft werden; alle öffentlichen Arbeiten müßten an die einheimischen Handwerker vergeben werden. Calw müsse mehr als bisher zur Einkaufsstadt werden für die umliegenden Gemeinden. Der Fremdenverkehr müsse später durch eine gute Zugverbindung ins Nagoldtal gehoben werden. Zahlungsfähige Pensionäre und Privatleute, die die Steuerkraft heben, die Handel und Gewerbe zu verdienen gehen, sollten herangezogen werden. Dem Arbeiterstand würde er mit sozialem Verständnis begegnen, nach dem Grundsatz: Jedem das Seine. Die Heranziehung weiterer Industrien, die lohnenden Verdienst und gutes Auskommen sichere, würde er auch ins Auge fassen. Auf die Bedürfnisse der Bevölkerung solle bei Anlegung der Kanalisirungen Rücksicht genommen werden. Der Ortsvorsteherdienst verlange Gerechtigkeit und Unparteilichkeit. Der Ortsvorsteher müsse in allen Kreisen der Bevölkerung verkehren, weil er nur auf diesem Wege das Allgemeininteresse der Gemeinde erforschen könne. Dem Einzelnen dürften nicht zum Nachteil der andern Vergünstigungen gewährt werden. Der Ortsvorsteher müsse auf gegenseitiges Vertrauen im Verhältnis zu den bürgerlichen Kollegien hinwirken. Die Bürgererschaft müsse über den Stand der Verwaltung immer auf dem Laufenden gehalten werden. Verschleiert dürfe nichts werden. Zur Förderung der Bauwirtschaft müßte neues Baugelände erschlossen werden. Zur Frage der Erziehung von Arbeiter- und Heimstättenkolonien müßte man auch Stellung nehmen. Das Schulwesen müsse unter dem Gesichtspunkt der Tüchtigmachung der Jugend geleitet werden. So wie ihn das Pflichtbewußtsein veranlaßt habe vor dem Feinde auszuhalten, so würde es ihn auch hier leiten, zum Wohl der Stadt und aller ihrer Glieder zu arbeiten.

Als 4. Bewerber sprach Schultheiß Johannes Rath von Lustnau O. Lößlingen. Er ist in Egenhausen O. Nagold geboren, sein Vater war Bauer. Er ist 42 Jahre alt, evangelisch, verheiratet und Vater von 5 Kindern. Er war nach seiner Lehrzeit in verschiedenen Beamtenstellungen als Gehilfe tätig, von 1899 bis 1902 Privatsekretär bei dem Geh. Hofrat Pfeiffer-Stuttgarter, dem Vorsitzenden des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Seit 1902 ist er Schultheiß und Verwaltungs-Mitarbeiter in Lustnau. Der Redner äußerte einleitend seine Anschauungen über die künftigen Aufgaben Deutschlands, daß das für sorgen müsse, daß nicht wieder unsere wertvollsten Kräfte auswandern müssen, um als Kulturträger im Auslande zu dienen. Der deutsche Lebenswille müsse sich auch weiterhin Geltung verschaffen, wie er unter den schwierigsten Umständen der Absperrung ganz Gewaltiges zu leisten imstande gewesen sei. Das wichtigste für die Neuordnung der Verhältnisse werde sein die Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Zuerst müsse die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Die Gemeindevaltungen müßten bestrebt sein, hier mit ernstem Willen mitzuhelfen. Auch für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung müsse gesorgt werden. Eine der vornehmsten Sorgen des Stadtvorstands müsse sein die Erhaltung des Vermögens der Gemeinde. Jeder Fortschritt müsse mit materiellen Opfern erkaufte werden. Deshalb müsse Maß gehalten werden. Das Bildungswesen müsse nach dem Grundsatz gehandhabt werden, daß die Begabten aller Stände den Weg zum Aufstieg frei finden, nachdem man soviel gute Kräfte geopfert habe. Die Wohnungspolizei müsse nach den Gesichtspunkten der Gesundheit des Volkes geführt werden. Der Redner wies bei Behandlung dieser Frage auf die Erfolge seiner Tätigkeit in Lustnau hin. Zu den Aufgaben der Ortspolizei gehöre die Sorge für Ruhe, Reinlichkeit und Ordnung. Den Interessen des Mittelstandes müsse sowohl in bezug auf die kommunalen Arbeiten wie auch auf die Privatwirtschaft Rechnung getragen werden. Den Lohnarbeitern gegenüber würde er stets ein offenes Ohr haben. Die Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung solle eine Rechtsauskunftsstelle für die Versicherten werden. Die Fürsorge für die Kriegswunden und Waisen, wie überhaupt für die wirtschaftlich Schwachen würde ihm Herzenssache sein. Der Ortsvorsteher müsse hilfsbereit sein, er müsse tiefes soziales Empfinden haben. Bei der Jugendpflege müsse auch die staatsbürgerliche Unterweisung Berücksichtigung finden. Dem Verkehrswesen würde er seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Der Ortsvorsteher müsse immer sehen, wo geholfen werden könne, er müsse stetigen Schaffensdrang haben, er müsse überzeugend wirken können. Im Verkehr mit dem Publikum müsse der Ortsvorsteher sachlich sein, seine Sonderinteressen begünstigen, sachliche Meinungsverschiedenheiten nicht auf das persönliche Gebiet übertragen. Keine Partei oder Person dürfe bevorzugt werden. Als Stadtvorstand würde er seine ganze Kraft einsetzen zum Wohl der Stadt Calw.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 19. November 1918.

#### Beförderung.

Unteroffizier Heinrich Mörsch von Calw, in einem Feld-Reg., wurde zum Bizewachtmeister befördert.

Der Bedarf der Bevölkerung an Bekleidung gesichert.

Die Reichsbekleidungsstelle teilt mit: Trotz der 51-monatigen Blockade sind die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend. Durch das Freiwerden

**Seid eingedenk der Heldentaten  
unserer heimkehrenden Krieger!**

der bisher für den militärischen Bedarf benötigten Mengen wird es möglich sein, den Massenbedarf der Bevölkerung an Kleidungsstücken zu decken. Allerdings muß der größte Teil des Materials erst den Weg durch die Spinnereien, Webereien und die Konfektionswerkstätten zurücklegen, so daß die fertige Ware erst allmählich in die Hände der Verbraucher kommen kann. Voraussetzung für das Gelingen der Versorgung ist selbstverständlich die unge störte Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im ganzen Lande und das unge störte Weiterarbeiten der Reichsbeleidungsstelle und ihrer Organisationen, die schon bisher mit der Erledigung aller Bekleidungsangelegenheiten betraut war. Um möglichst bald überall da, wo nicht schon vorwiegende Gründe dagegen sprechen, den Kleinhandel wieder einzuführen und um die Kommunalverbände angesichts ihrer großen sozialen Aufgaben von technischer Tätigkeit möglichst zu entlasten, hat die Reichsbeleidungsstelle für die Zuführung der für die Kommunalverbände umgelegten Bekleidungsstücke an die Verbraucher einige neue Bestimmungen erlassen. Danach dürfen die Kommunalverbände für ihre eigenen Zwecke nur die Waren zurückbehalten, die sie in Erfüllung ihrer behördlichen Fürsorgepflichten unbedingt benötigen. Im übrigen werden sie dem Kleinhandel zugeführt. Auf diese Weise wird dem Kleinhandel Gelegenheit gegeben, den Geschäftsverkehr aufrecht zu erhalten und größeres Personal zu beschäftigen und den Verbrauchern die nötigen Waren von ihren gewohnten Bezugsquellen zu beziehen.

**Grundsätze für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen.**

Der Übergang der zur Entlassung kommenden Heeres- und Marine-Angehörigen aus der militärischen Verpflegung in die allgemeine Lebensmittelversorgung der bürgerlichen Bevölkerung hat nach folgenden, im Einvernehmen mit den militärischen Stellen festgesetzten Grundsätzen zu erfolgen: 1. die Verpflegung geschlossener Verbände erfolgt wie bisher durch die Militärbehörde. 2. Bei der Entlassung ist den zu Entlassenden Verpflegung für drei Tage mitzugeben. 3. Soweit die Entlassenen binnen dieser Zeit noch nicht in die Lebensmittelversorgung des neuen Wohnorts aufgenommen sind, erhalten sie bis zum 7. Tag nach der Entlassung durch die Zivilbehörden auf Grund ihrer Entlassungsbescheinigung die erforderlichen Ausweise zur Beschaffung ihrer Verpflegung oder, soweit Massenverpflegungen und besondere Verpflegungsstellen vorhanden sind, die Verpflegung aus diesen. Auf der Entlassungsbescheinigung (Solbbuch) ist zu vermerken, wo und wann Ausweise oder Verpflegung gegeben sind. Nach Ablauf von sieben Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in die Lebensmittelversorgung ihrer Wohngegenden aufgenommen sein. 4. Personen, die eine Entlassungsbescheinigung nicht vorweisen können, sind in erster Linie an militärische Verpflegungsstellen zu verweisen. Befindet sich eine solche nicht am Ort, so ist der zur Beschaffung der Verpflegung erforderliche Ausweis jeweils für ein bis zwei Tage zu geben oder es ist dem Entlassenen durch Zuweisung von Massenverpflegungen usw. für diese Zeit die Verpflegung zu ermöglichen. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß die Entlassenen sich auf schnellstem Wege bei der nächsten militärischen Meldestelle melden. Es empfiehlt sich, solchen Personen als Ausweis für die nächste Verpflegungsstelle eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, wann,

wo und wie lange ihnen Verpflegungsausweise oder Verpflegung gegeben sind. 5. Eine Verpflichtung zu unentgeltlicher Verpflegung wird hierdurch den Gemeinden nicht auferlegt. 6. Den Kommunalverbänden wird auf Antrag für die durch diese Bestimmungen herbeigeführte Mehrbelastung Ersatz gewährt werden. Anträge auf Ersatz sind bei den für die Lieferung in Betracht kommenden Provinzial-, Landes- oder Regierungsstellen unter Angabe der verpflegten Personen und der Verpflegungstage zu stellen.

(WB.) Nagold, 18. Nov. In Beihingen hat ein fremder Mann an drei Gebäuden an verschiedenen Stellen Feuer angelegt. Die Gebäude sind samt den Stallungen abgebrannt. Er versuchte dann zu entfliehen. Auf der Verfolgung schoß er mit einem Revolver einem Soldaten in den Fuß, so daß dieser ins hiesige Reserve-lazarett verbracht werden mußte. Der Unmensch entkam zunächst. Der hiesigen Landjägersmannschaft gelang es jedoch, in Oberschwandorf den mutmaßlichen Täter in der Person eines 20jährigen Burschen aus Karlsruhe festzunehmen. Man fand bei ihm einen Revolver und einen Dolch. Nach seinen Angaben hat er die Häuser angezündet, weil er keine Arbeit gefunden habe.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltsmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Bestellen Sie d. Calwer Tagblatt.**

**Bekanntmachung**

**Leiters des Kriegswesens.**

Auf Veranlassung des Zentralausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats wird nachstehende Bekanntmachung allen Arbeiter- und Soldatenräten bekannt gegeben.

Das Demobilisationsamt in Berlin, Leiter Röth, ist vom Arbeiter- und Soldatenrat besetzt. Der Demobilisationskommissar beim Amt arbeitet im Auftrage und Interesse des Arbeiter- und Soldatenrats folget deshalb seinen Anweisungen damit keine Verwirrung und Hungersnot eintritt.

Der stellv. Leiter des Kriegswesens: Eckmann.

**Oberamt Calw.**

Die Gemeinden des Oberamtsbezirks werden hiemit benachrichtigt, daß die Staatsstraßen zwischen Stammheim und Deckenpfronn und zwischen Hirsau und Oberreichenbach etwa im Monat Juli 1919 mit der

**Dampfstraßenwalze**

eingewalzt werden sollen und daß die Walze, soweit es ohne Störung der Arbeiten an den Staatsstraßen mögl. ist, zum Einwalzen v. Eierstaatsstraßen, von anderen wichtigen Ortsstraßen und von Nachbarschaftsstraßen in der Nähe des zu bewalzendes Staatsstraßenzugs geg. Ertrag der Selbstkosten mieltweise abgegeben werden wird. Gemeinden, welche die Walze zu benutzen wünschen, haben ihre Gesuche unter Angabe der Länge der Straße und der ungefähren Menge und Art des einzuwalzenden Geschlages innerhalb 3 Wochen bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Später einkommende Gesuche können nur in den dringenden Ausnahmefällen berücksichtigt werden. Von der Möglichkeit und der Zeit der Abgabe der Walze wird jede Gemeinde benachrichtigt werden, sobald der Walzenbetriebsplan festgestellt sein wird. Die Bedingungen für Mitbenützung der Dampfstraßenwalzen werden auf Ansuchen von der Inspektion mitgeteilt.

Calw, den 18. November 1918.

A. Straßenbauinspektion: J. B. Geiger.

**Stadtschultheißenamt Calw.**

**Die Quartierbescheinigungen**

sind von den Quartiergebern sofort nach Abriicken des Einquartierten dem Quartieramt (Rathaus Zimmer Nr. 12, Eingang durch das Partizimmer des Stadtschultheißenamts) abzugeben.

Wer seinen Quartierschein nicht spätestens am Tage nach dem Abriicken des Einquartierten abliefern, verliert den Anspruch auf Quartierentschädigung.

Nachdem nunmehr das Proviantamt hier eingerichtet ist, kommen die Truppen in Selbstverpflegung und werden künftig nur noch ohne Verpflegung einquartiert.

Sobald bisher mit Verpflegung einquartierte Truppen in Selbstverpflegung übergehen, sind die Quartierbescheinigungen ebenfalls dem Quartieramt zum Umtausch vorzulegen.

Calw, den 18. November 1918.

Stadtschultheiß A. V.: Dreiß.

**Stadtschultheißenamt Calw.**

**Die Herren Führer der hier einquartierten Truppen**

werden gebeten, jedes durch Abmarsch der Einquartierten frei werdende Quartier sofort dem Quartieramt auf dem Rathaus zu melden.

Calw, den 18. November 1918.

Stadtschultheißenamt: A. V. Dreiß.

Calw  
Calmbach, 18. Nov. 1918.  
Wir haben einen gesunden  
**Buben.**  
Er trägt den Namen unserer lieben Gefallenen  
Hermann Theodor.  
Hauptlehrer Nischele u. Frau Wilhelm ne, geb. Wurster.

**Verloren**  
ein schwarzer gestrichter  
**Handschuh**  
von Mitte Marktplatz bis Mitte Biergasse. Abzug. geg. Belohnung.  
bei Kaufmann **Steudle**,  
Marktplatz 45 II.

Unterzeichneter verkauft wegen Umzug am Freitag, 22. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr eine 26 Wochen trächige  
**Sahrkuh,**  
**1 Ruhwagen,**  
**1 Schubkarren,**  
**1 Milchzentrifuge**  
sowie  
sonst. landwirtsch. Geräte  
und  
Haushaltungsgegenstände.  
Bahnwärter **Gottschall**,  
Athengstett, Posten 35.

**Altbulach.**  
Verkaufe am Samstag, den 23. ds., vormittags 11 Uhr einen fast neuen 1 u. 2 spännig geeigneten  
**Spazierschlitten**  
mit Bremse.  
Ph. Blindt.

**Gehingen.**  
Eine kleinere  
**Schaff- u. Nutz-**  
**Ruh**  
(Schwarzschek) verkauft  
**Ludwig Krauß.**

**Athengstett.**  
Eine gute  
**Nutz- und Fahr-**  
**Ruh**  
34 Woch. trächig hat zu verkaufen  
**Karl Dachtler.**

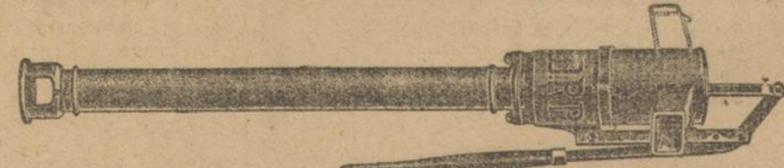
**Gehingen.**  
Eine ältere, gute  
**Schaff- u. Nutz-**  
**Ruh**  
samt Kalb hat zu verkaufen  
**Luisa Gehring Ww.**

**Rüchenschürze**  
(Cellulose) hübsche dunkle W. / er; gepunkt und gestreift gewöhnlich weit a Stück 6.75 M extra weit . . . 9.80 " mit Träger . . . 10.80 " versend. p. Nachn., fol. Vorrat reicht  
Verfand- **W. Blath, Iphoe i. S.**  
geschäft  
(vorm. A. Meesen Ww.)

**Neubulach.**  
Eine hochträchige, ältere, gute  
**Nutz- u. Schaff-**  
**Ruh**  
verkauft  
**Johannes Auer.**

**Sunge Schaff-**  
**Ruh**  
mit noch 6 Kälberzähnen, 5 Liter Milch gebend, verkauft  
**Melchior Gätle, Sinnmozhem.**

**Neuweiler.**  
Einen schönen, 1jährigen  
**Farren**  
verkauft  
**Samuel Mast, Schuhmacher.**



**Jauchepumpen, Patent Eisele, beste und zuverlässigste Pumpe, Jauchehahnen, Jaucheschöpfer**  
empfehl  
**Emil Reiter, Weilderstadt.**

Alzenberg, den 18. November 1918.

### Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere innigstgeliebte, treubeforgte, unvergessliche Mutter, Großmutter und Tante



**Christine Geseleschwerdt,**  
geb. Hennesarth,

im Alter von 62 Jahren nach langer schwerer Krankheit heute Mittag 2 1/2 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:  
Familie Geseleschwerdt.

Beerdigung Donnerstag Mittag 2 Uhr in Altburg.

Stuttgart/Calw, Seidenstraße 40 a,  
den 18. November 1918.

### Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber treubeforgter Bruder



**Richard Schnauser**

ganz unerwartet an Herzlähmung verschieden ist.

Die tiefbetrübtete Schwester: Auguste Schnauser.

Beerdigung in Calw Mittwoch Nachmittag 2 Uhr von der Kapelle aus.

Holzbrunn, den 17. November 1918.

### Dankfagung.

Allen die an unserem großen Schmerz über den Verlust unseres lieben Kindes

**Elvira**



teilgenommen haben, für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte seitens der hiesigen Einwohner für die Kränzpanden durch die Schüler, den lieben Kollegen, sowie besonders Herrn Pfarrer Widmann und Herrn Oberlehrer Lieb aus Güttingen sagen herzlichsten Dank

Hauptlehrer Hörtling und Frau mit ihren Kindern Felix, Rudolf und Friedrich.

Unserem Liebling rufen wir nach

Du warst ein Stern in dunkler Zeit  
Nun sankst Du in die Ewigkeit,  
In ders ein Wiedersehen gibt  
Für alle die, so Gott geliebt.

### Arbeiter und Arbeiterinnen

zum sofortigen Eintritt werden gesucht

Leinacher Mineralquellen, Emil Vohhardt, Bad Leinach

### Der Marthaberein

kann vorerst nicht mehr stattfinden.

Kräftiges, fleißiges

### Mädchen

für Küche und Haushalt sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften an

Willa Hafner, Wildbad.

Zur Aushilfe in der Haushaltung auf einige Stunden im Tag wird ein

**Mädchen oder jüngere Frau** gesucht.

Frau Sophie Schoelen.

Jüngerer

### Bursche

findet sofort dauernde Beschäftigung.

Näheres in der Geschäftsst. ds. Bl.

Gesucht für sofort oder später einfaches tüchtiges

### Mädchen

für Küche und Hausarbeiten

Gasthof u. Pension z. Hirsch Bad Liebenzell.  
Frau L. Jollasse.

Suche noch 1-2

### Mädchen oder Frauen

zum polieren.

Marmorwerk Leinach.

Gut möbliertes, heizbares

### Zimmer

zu mieten gesucht.

Angebote unter N. 1 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Zwei schön möblierte

### Zimmer

zu vermieten, freie Höhenlage. Zu ertrag. in der Geschäftsst. ds. Bl.

Wegen Entbehrlichkeit

### Kleiderschrank

und fast neuen

### Koffer

zu verkaufen.

Hrl. Zia, bei Frant Hermannstraße.

Ein kleiner

### Küchenherd oder Kochofen

wenn auch älter oder gebraucht zu kaufen gesucht. Wer könnte sofort einen solchen abgeben? Angeb. sofort an die Geschäftsst. ds. Bl.

### Geschäfts-Empfehlung.

Meiner werthen Kundschaft von Calw und Umgebung mache ich die Mitteilung, daß ich

mein Geschäft von jetzt ab wieder in unveränderter Weise weiterführen werde.

### Ausführung sämtl. Malerarbeiten

Zugleich empfehle ich mich

im Weizen mit Kalk und Leimfarbe.

Ich bitte ergebenst um höflichste Berücksichtigung.

Hochachtungsvoll

**Fr. Berner, Malermeister.**

Calw, den 18. November 1918.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unser. lieben Tante



**Friedrike Hammer Ww.**

für die liebevolle Pflege, die trostreichen Worte des Herrn Dekan am Grabe, die Blumenpenden, die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, sprechen den herzlichsten Dank aus

die trauernden Hinterbliebenen.

Wienbach, den 18. November 1918.

### Dankfagung.

Für die uns erwiesene herzliche Teilnahme an dem unvergeßlichen Verluste unseres lieben Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers u. Onkels



**Peter Bauer**

sagen wir unseren herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für den erhebenden Gesang des Herrn Lehrers mit seinen Sängern sowie für die zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu seiner letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Stadtschultheißenamt Calw.

Es kann bestellt werden auf

**Lebensmittelmarke Nr. 84 Iose Suppen.**

Die Kleinhändler haben die Bestellmarken am Donnerstag, 21. ds., vormittags von 11-12 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr. 3 (Stadtbauamt) abzuliefern.

Calw, 18. Nov. 1918.

Stadtschultheißenamt. A. B. Dreiß.

### Wohnung von 4-5 Zimmern

in sonniger Lage auf 1. April gesucht. Angebote unter S. R. 5392 an Rudolf Woffe, Stuttgart.